

(Lage am 6. Februar 1978)

T C U R D ' H O R I Z O N

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

ERSTER TEIL

DAS MITTELMEER

A. Allgemeine Betrachtungen

Die bescheidene Grösse, die eingeschnittenen, an natürlichen Häfen reichen Küsten, prädestinierten das Mittelmeer dazu, die zahlreichen Völker unterschiedlicher Abstammung, welche sich im Laufe der Zeit an seinen Ufern niedergelassen und brillante Kulturformen geschaffen haben, einander näherzubringen. Dabei hat es wie keine andere Region der Welt die Wechselhaftigkeit der Geschichte über sich ergehen lassen müssen. Die verschiedenen Rollen, welche es nacheinander spielte, hinterliessen alle ihre Spuren und spiegeln sich in den Opportunitäten und Problemen des modernen Mittelmeerraumes wieder. Dieser bleibt ein bevorzugter Schauplatz der grossen Politik und vermittelt zugleich seinen Anwohnern über alle Differenzen hinweg das Gefühl, dass ihrem Wesen eine gemeinsame Zivilisationsbasis zugrunde liegt.

Ihren Anfang nahm unsere Zivilisation in Kreta und Argolid. Beinahe seit den frühesten Zeiten wurde das Mittelmeer zum Ort der Begegnung mit orientalischen Zivilisationen, die schon als andersgeartete, wenn nicht sogar als im Gegensatz zur Mittelmeer-Kultur stehende Zivilisationen betrachtet wurden, mit denen es aber zugleich immer einen regen wirtschaftlichen und kulturellen Austausch pflegte. Das römische Kaiserreich macht den Mittelmeerraum zum Mittelpunkt der zu jener Zeit bekannten Welt und schafft damit erstmals

jenes Einheitsgefühl, das sich bis in unsere Tage erhalten hat. Die arabische Eroberung wirkte sich für eine gewisse Zeit begrenzend aus, dann aber, mit der Ausweitung des Handels zwischen dem Christentum und dem Islam, wurde der Mittelmeerraum erneut zu einem Knotenpunkt und zugleich zu einem Transitweg in Richtung Orient für die neuen Zentren Nordeuropas. Die Entdeckung der Indien-Route und die türkische Eroberung im 16. Jahrhundert verursachten einen gewissen Rückschlag, den der Mittelmeerraum mit dem Durchstich des Suezkanals überwand. Das britische Reich war die erste Macht, welche das Mittelmeerbecken in die Gesamtkonzeption einer Weltstrategie einbaute.

Das 20. Jahrhundert brachte hinsichtlich der strategischen Rolle des Mittelmeeres eine zusätzliche Komponente: von diesem Moment an treten wir in das Zeitalter der Luftfahrt und der grossräumigen Schiffe. Als Nahtstelle dreier Kontinente, in der Nähe grosser energetischer Rohstoffvorkommen, wurde das Mittelmeer von den Grossmächten wie ein Raum wahrgenommen, den es zu kontrollieren galt.

Auf das osmanische Reich folgten während einem gewissen Zeitabschnitt im südlichen Teil des Mittelmeeres die Kolonialmächte. Historisch gesehen ist der israelische Staat eine Schöpfung dieses Zeitabschnittes, und gerade deshalb bereitet dessen Anerkennung seinen Nachbarn soviel Mühe. Ihre Mündigkeit gab vielen arabischen Völkern zum ersten Mal die Gelegenheit seit Jahrhunderten, das Steuer in die Hand zu nehmen. Sie wurde begleitet von einer allgemeinen politischen und sozialen Neuorientierung. Dies ging so weit, dass zum Zeitpunkt des israelisch-arabischen Kriegsausbruches, die Solidarität des mittelländischen Raumes gefährdet schien. Als jene Schwierigkeiten mit der Schliessung des Suez-Kanals (für acht Jahre) und der Bedrohung gewisser "Pipe-Lines" ihren Höhepunkt erreichten, lag gar die Ueberlegung eines dauernden Rückganges nahe. Heute sind jedoch die Beziehungen zum Westen trotz einiger Misstöne gut. Auch in jenen Fällen, in denen bedeutende politische Meinungsverschiedenheiten bestehen (Algerien, Lybien), ist die wirtschaftliche

Interdependenz trotz allem sehr ausgeprägt.

Das Erscheinen der amerikanischen Flotte im Mittelmeer wurde ursprünglich durch die Notwendigkeit motiviert, die Südfront der NATO zu unterstützen. Sie spielte jedoch auch eine wichtige Rolle während der Unruhen und Konflikte im Mittleren Osten. Die UdSSR benützte die Verwirrung, die dem Sechstagekrieg folgte und die damals in den arabischen Ländern herrschende anti-amerikanische Stimmung, um zum ersten Mal seit 140 Jahren gewaltsam in das Mittelmeer einzudringen, sodass jenes bezüglich der Konfrontation der Grossmächte heute in den ersten Rängen steht.

Die Wiedereröffnung des Suez-Kanals, (die vor allem der UdSSR nützt) sowie die greifbarer gewordenen Aussichten auf einen dauerhaften Frieden im Mittleren Osten, erlauben eine eher optimistische Beurteilung der friedlichen Zukunft der Region.

Die Zusammenarbeit der Anrainerstaaten, die alle aus dem Tourismus beträchtliche Geldmittel schöpfen, wird an Bedeutung gewinnen, insbesondere im Bereich des grosse Sorgen bereitenden Umweltschutzes.

Diese Zusammenarbeit kam in der Teilnahme der Mittelmeerstaaten als Beobachter an der KSZE, ebenso wie in einem Kapitel der Schlussakte von Helsinki, zum Ausdruck. Darin wird die Absicht der Unterzeichner-Staaten bekundet, die Entwicklung gut-nachbarlicher Beziehungen zu den nicht-teilnehmenden Mittelmeerländern zu begünstigen. Ehrgeizigere Vorschläge, wie die von Malta unterstützte Gründung eines Mittelmeerkomitees, fanden jedoch kein Echo. Auf einem anderen Gebiet entstand aus analogen Erwägungen der euro-arabische Dialog, der einen Rahmen bildet für die Begegnung der EG-Staaten mit der arabischen Liga.

B. Die politische Situation in den Anrainerstaaten

a) Die Demokratien Südeuropas

Vor einigen Jahren wäre dieses Kapitel viel kürzer geworden. Trotz beträchtlicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten stellen die Fortschritte der demokratischen Regime einen wesentlichen Grund zur Genugtuung dar.

In wirtschaftlicher Hinsicht werden diese Länder - ausser Frankreich und Norditalien - durch einen allerdings ungleichen Rückstand bezüglich der Industrialisierung gekennzeichnet, sowie durch eine wichtige, jedoch noch begrenzte Produktivität aufweisende Landwirtschaft und im Zusammenhang damit durch grosse Ueberschüsse an Arbeitskräften. Es handelt sich bei diesen Staaten um klassische Auswanderungsländer. Drei unter ihnen (Spanien, Griechenland und Portugal) haben vielseitige Verhandlungen zum Zwecke des Eintritts in den Gemeinsamen Markt aufgenommen. Auch die Türkei sucht nach einem neuen Assoziierungs-Statut. Alle sind aus den verschiedensten Gründen von der wirtschaftlichen Rezession ziemlich stark betroffen worden.

Im politischen Bereich lassen sich auffallende Parallelen zwischen den verschiedenen Ländern feststellen, mit Ausnahme vielleicht der Türkei betreffend das Vorhandensein einer starken Linken, die sich umfassende Projekte sozialer Umgestaltung, wie man in Frankreich sagt: "Für eine Neuordnung des Lebens", zum Ziel gesetzt hat oder zumindest hatte. Die sozialistischen Parteien Südeuropas konnten sich sogar zu einem gewissen Zeitpunkt, wie Herr Mitterrand dies hervorgehoben hatte, in einem starken Gegensatz zu demjenigen Nordeuropas, die er mit einer gewissen Geringschätzung als "Sozial-Demokraten" bezeichnete, befinden.

Die Entwicklung der politischen Situation hat eine ziemliche Nuancierung dieser vereinfacht geschilderten Gegensätze zur Folge gehabt, sodass die sozialistischen Parteien in jedem der fünf in Betracht fallenden Länder heute abweichende Stellungen einnehmen.

Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, dass die Parallele keineswegs zufällig war. Sie deutet auf eine gewisse Verwandtschaft der Auffassungen und des Geistes in welchen Theorie und Praxis der Politik angegangen werden, und die man, ohne ungerecht zu sein, als mediterran bezeichnen kann.

Man zögert jedoch, den Begriff mediterran auf Portugal anzuwenden, da dieses Land ohne Zweifel dem Atlantik zugewandt ist. Die Parallelität gewisser politischer Positionen mit jener einiger Mittelmeerländer macht es fast unvermeidbar, Portugal in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Gerade die Orientierung der sozialistischen Partei von Marion Soares steht im Mittelpunkt der politischen Lage, seit das sozialistische Minderheitskabinet am 8. Dezember 1977 mit Hilfe der Kommunisten gestürzt worden ist.

Dieser Sturz deutete auf eine Etappe der Schaukelstuhlpolitik von Mario Soares zwischen der Rechten und der kommunistischen Partei hin. Das Andauern der Wirtschaftskrise (enormes Handelsbilanzdefizit, Inflationsrate von 32 %, Arbeitslosenquote 16 %) drängte eine neue Regierungsformel auf. Auch in der Aussenpolitik gibt es dringliche Aufgaben, und zwar: EG-Beitrittsverhandlungen, Gespräche mit dem IWF um einen "stand-by" Kredit und mit den USA betreffend die Stationierung amerikanischer Streitkräfte auf den Azoren.

Herr Soares, welcher von Präsident Eanes den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erhalten hatte, wählte eine Formel, die es ihm erlaubt, seine frühere Politik fortzusetzen. Herr Soares hat die kommunistische Bereitschaft zur Mitarbeit sondiert in der Hoffnung, diese würden darauf nicht eingehen, und hat schliesslich drei Vertreter des demokratischen und sozialen Zentrums in sein Kabinett aufgenommen, allerdings in eher zweitrangige Posten. Diese als rechts stehend einzuordnende und aus eben diesem Grunde vom linken Flügel der sozialistischen Partei als suspekt betrachtete Partei vermag sich so reinzuwaschen, und bietet Soares eine kräftige Unterstützung auf parlamentarischer Ebene.

Im Jahre 1977 konnten im demokratischen Festigungsprozess Spaniens grosse Erfolge erzielt werden. Nicht nur dass die ersten demokratischen Wahlen seit 1935 eine Regierungsmehrheit ergeben hätten, sondern es gelang sogar der Regierung Suarez, angesichts der energische Massnahmen erfordernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Opposition inklusive der kommunistischen Partei durch die Verträge von Moncloa (Oktober 1977) in ihre Politik einzubeziehen.

Gleiche Erfolge konnten auf dem Gebiete der Regionalisierung errungen werden. Es gelang der Regierung rasch, die militanten Bewegungen in Katalonien wie im Baskenland zu überrunden und damit ihre entschlossensten Gegner zu entwaffnen. In Andalusien ist das Regionalisierungsverfahren im Gange. Trotz dieser Resultate, welche die politische Fantasie von Suarez attestieren, konnte der Terrorismus jedoch noch nicht besiegt werden.

Die bis anhin geringe Verbesserung der Zahlungsbilanz und die im Kampf gegen die Inflation erzielten Resultate stellen positive Anzeichen dar, aber die Arbeitslosenquote bleibt hoch und man wird sehen, ob die Arbeitnehmer die in den Moncloa-Verträgen vorgesehenen Einschränkungen überhaupt hinnehmen werden. Die noch nicht beseitigte Unsicherheit lässt bei den Militärs eine gewisse Ungeduld bemerkbar werden.

Ohne Zweifel würde der Misserfolg der Wirtschaftspolitik der Regierung schon in den ersten Gemeindewahlen seinen Niederschlag finden, und vermöchte die wichtigste Oppositionspartei, die PSOE (sozialistisch) von Felipe Gonzalez, deren Programm bis jetzt eher unklar bleibt und die neutralistische Tendenzen in der Aussenpolitik hegt, der Regierung näher zu bringen. Diese letzte Option könnte sich auf die NATO-Beitrittspläne, die spanischerseits gegenwärtig geprüft werden, auswirken, ohne jedoch an der schon bestehenden Integration Spaniens in das westliche Verteidigungsdispositiv viel zu ändern.

Frankreich befindet sich am Vorabend eines Wahlganges, dessen Folgen durch eine Reihe von gleichlaufenden politischen Entwicklungen stark an Bedeutung gewannen.

Die aus der klassischen Trennung der Linken von der Rechten, deren Linie sich im letzten Jahrhundert trotz gewissen Schwankungen nie wirklich verschob, resultierenden Lage, wurde diesmal aufgrund beidseitiger Gegebenheiten noch komplizierter. Es gibt nun vier hauptsächliche politische Gruppierungen, von denen theoretisch je zwei verbündet sind, in Wirklichkeit aber getrennt kämpfen. Diese Bündnisse waren an sich durch das Wahlgesetz diktierte Vernunftsehen, so dass die gegenwärtige Trennung kaum überrascht.

Zur Linken: Die Allianz zwischen Kommunisten und Sozialisten kam nur mittels eines "gemeinsamen Programmes" zustande, welches in Übereinstimmung zwischen den kommunistischen- und linkssozialistischen Auffassungen eine "Erneuerung der Gesellschaft" vorsah. Dieses Programm wurde von einem bedeutenden Teil der zentralistischen Wähler, die sich während der vergangenen Jahren der sozialistischen Partei zugewandt haben, eher als reine Rhetorik betrachtet. Desgleichen hatte die "Union der Linken" (Allianz der Sozialisten, Kommunisten und Radikalen) für diese Wähler nicht die gleiche Bedeutung wie für die Parteispitzen. Es fällt jedenfalls auf, dass der Bündnisbruch kaum die Wahlabsichten zu beeinflussen vermochte, welche jedoch einen leichten Rückgang der Linken im Vergleich mit den Gemeindewahlen des vergangenen Jahres voraussehen lassen.

Zur Rechten war der Bruch eine voraussehbare Folge der unterschiedlichen Stärken der Partei Giscard Estaings und der Gaullisten, welche seit eh und je dazu neigen, die V. Republik als ihr legitimes Eigentum zu betrachten. Das Temperament von Herrn Chirac hat den Bruch öffentlich sichtbar werden lassen, ihn aber nicht verursacht. Erwägungen wahltaktischer Art werden übrigens dessen Auswirkungen mildern.

Der durch die kommunistische Partei verursachte Bruch der Linksunion machte deutlich, dass es nie eine wirkliche Uebereinstimmung zwischen Sozialisten und Kommunisten, sondern nur eine Interessenkoalition gegeben hatte. Die Aussicht, die Macht mit den Sozialisten auf der Basis einer eindeutigen Unterordnung zu teilen, hätte für die Kommunisten nicht viel Verlockendes. Eine solche Unterordnung würde auf nationaler Ebene eine Machtergreifung ausschliessen. Alles deutet übrigens darauf hin, dass auch Moskau, sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch wegen der Destabilisierungsmöglichkeit innerhalb des Ostblocks, abgeneigt ist.

Voraussagen sind schwierig. Gaullisten und Giscardisten scheinen forthin mit einem knappen Sieg und nicht mit einer Niederlage zu rechnen, was ihre Rivalität noch verschärft. Wahrscheinlich werden sowohl die Sozialistische Partei als auch die Gaullisten ihre Stellung behaupten wenn nicht verstärken.

Ein Sieg der Linken bleibt durchaus denkbar. Wenn dies eintreten würde, scheint Herr Mitterrand für den Fall, dass sich die Kommunisten mit den wenigen Regierungssitzen die er ihnen zubilligen will, nicht abfinden sollten, auf eine Regierungskoalition mit den Radikalen abzielen, mit einem von den Kommunisten unterstützten aber nicht mitgetragenen Programm. Wie würde ein solches Programm aussehen? Wenn es den Forderungen der Basis entspricht, ist das Risiko gross, dass es zu einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage und zu einer politischen Krise führen könnte, deren Lösung in den Händen Giscard d'Estaings läge. Wenn aber dieses Programm demjenigen von Herrn Barre zusehr ähnlich sein sollte, könnte die Basis ihren Führern die Gefolgschaft verweigern.

Italien durchläuft eine Regierungskrise, deren Ursprung weniger in der wirtschaftlichen Lage (die sich seit einigen Monaten verbessert hat) und auch nicht so sehr im misslichen Zustand der öffentlichen Ordnung (den eine wie auch geartete neue Regierung schwerlich beenden könnte) zu suchen ist als vielmehr in den Manövern der kleinen Parteien, denen wenig daran gelegen ist, Andreotti die Früchte seiner Geduld und klugen Behutsamkeit ernten zu lassen. In der kommunistischen Partei machten sich, gegen die aufgrund der sogenannten Programmübereinkunft vom letzten Sommer betriebene Austeritätspolitik gewisse Strömungen bemerkbar; die Partei unterstützte aus diesem Grunde die von den Republikanern lancierte Idee einer "Notstandsregierung", der alle Parteien ausser den Neofaschisten angehören sollten. So kam es zum Sturz Andreottis, und zwar zu einem Zeitpunkt, da man schon wusste, dass sich die Christlich-Demokraten einem Eintritt der Kommunisten in die Regierung widersetzen würden, und da die Vereinigten Staaten schon ihre Bedenken angemeldet hatten.

Auf die kommunistische Forderung entgegneten die Christlich-Demokraten mit dem Vorschlag einer vertieften Programmübereinkunft (an der, wie einige vorschlagen, die Gewerkschaften beteiligt werden könnten). Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Kommunisten auf Anhieb einer Lösung werden zustimmen können, die ihren ursprünglichen Forderungen so wenig entspricht. Aber Andreotti, der den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung hat, zieht es vor, sich Zeit zu lassen und eine sattelfeste Mannschaft aufzustellen, denn wegen der Präsidentschaftswahl kann das Parlament in der zweiten Jahreshälfte nicht aufgelöst werden. Die Kommunisten ihrerseits könnten es schliesslich vorziehen, sich keine direkte Regierungsverantwortung aufzuladen.

Die kürzlichen Wahlen in Griechenland bestätigten die Stellung von Karamanlis; der Stimmenverlust seiner Partei bedeutet eher eine Normalisierung gegenüber den ersten demokratischen Wahlen als einen Rückschlag. Die junge griechische Demokratie ruht jedoch weiterhin auf den Schultern eines Mannes in seinen Siebzigern, dessen Nachfolge nicht gesichert ist.

Die Türkei erlebte einen neuerlichen Regierungswechsel. Der Mattzustand, in dem sich die beiden grossen Parteien aufgrund der Wahlergebnisse befinden, verleiht kleinen Gruppierungen mit extremistischem Gedankengut eine übertriebene Bedeutung und führte einmal mehr zu einer Krise, die Ecevit nur dadurch lösen konnte, dass er einige Ueberläufer aus der früheren Mehrheit mit Ministerposten belohnte. Damit konnte er vermeiden, wie sein Vorgänger zum Gefangenen von nationalistischen Gruppen zu werden, was Fortschritte in den Verhandlungen über das Aegäische Meer und Zypern voraussehen lässt. Ecevit wird zweifellos auch eine freiere Hand auf dem wirtschaftlichen Gebiet haben, wo er, der sich gerne als Sozialdemokrat darstellt (seine Gerechtigkeitspartei war die Partei von Ismet Inönü, dem alten Gefährten Atatürks), mit sehr grossen Schwierigkeiten, die auch die entsprechenden internationalen Gremien beschäftigen, konfrontiert ist.

Die Arbeiterpartei von Dom Mintoff ist auf Malta seit 1971 an der Regierung, allerdings mit einer inzwischen merklich reduzierten Mehrheit. Mintoff verfolgt eine blockfreie, man könnte sogar sagen neutralistische Aussenpolitik, die, um logisch zu sein, den Abzug der britischen Streitkräfte erheischt. Die Bedeutung des Luft- und Flottenstützpunktes für die Inselwirtschaft, die mit sehr grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (Arbeitslosigkeit von 10 %), bewegte Mintoff jedoch, seine Prinzipien vorläufig auf die Seite zu legen und die Räumung des Stützpunktes auf das Jahr 1979 aufzuschieben. Er versucht, eine aktive Rolle zu spielen, wobei er sich oft recht wenig um das schwierige Spiel kümmert, das die Mächte rings um das Mittelmeer spielen: Beispiele dafür sind insbesondere seine Vorstösse an der KSZE und sein Einsatz für die Idee des Mittelmeeres als eine Friedenszone.

Um einen Ersatz für die Einkünfte aus dem Stützpunkt zu finden, wandte sich Mintoff an Libyen und China. Es war sogar die Rede von einer Allianz mit Oberst Kadhafi. Um ihn von diesem Plan abzubringen und zur Aufrechterhaltung einer strikten Neutralität zu bewegen, gab die italienische Regierung zu verstehen, dass sie,

(allerdings nur zusammen mit andern westlichen Regierungen) zu einer Finanzhilfe bereit sei.

Die Lage auf Zypern wird im dritten Teil behandelt.

b) Die kommunistischen Staaten

Die beiden kommunistischen Regime im Mittelmeerraum beherrschen Länder, die der 'Befreiung' durch die Rote Armee entgangen sind. Beide werden heute noch von einer Oligarchie aus ehemaligen Untergrundkämpfern gegen die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg dominiert. Damit ist alles gesagt, was sie gemeinsam haben. Das eine Land brach rasch mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung und schuf ein eigenes Modell, die einzige "sozialistische Marktwirtschaft", die es gibt, und die einerseits eine unbestreitbare Dynamik und andererseits auffällige Ähnlichkeiten mit den "kapitalistischen" Volkswirtschaften Südeuropas (regionale Unterschiede, Unterbeschäftigung, Inflation) aufweist; das andere Land schuf mit chinesischer Hilfe ein System, das auf der Militarisierung der Volkswirtschaft beruht und zahlreiche politische Krisen durchmachte.

Jugoslawien sieht sich am Ende der Ära Marschall Titos zwei zentralen Problemen gegenüber: die Unsicherheit über die genauen Absichten der Sowjetunion und das gespannte Verhältnis zwischen den verschiedenen Nationalitäten im Innern. Das Ableben des Präsidenten könnte auf beiden Gebieten zu Krisen führen.

Die sowjetische Politik beruht offenbar auf zwei Ueberlegungen: Auf der einen Seite steht die sowohl offensive wie defensive strategische Bedeutung der jugoslawischen Landmasse und insbesondere auch seiner adriatischen Küste: Es gilt zu verhindern, dass diese Landmasse in den NATO-Einflussbereich gerät (was 1953 mit dem allerdings seit 1956 schlummernden Balkanpakt beinahe geschehen wäre); es muss im Gegenteil möglichst wieder in die sowjetische Einflusszone eingegliedert werden.

Auf der andern Seite befürchtet die Sowjetunion, dass eine zu starke Liberalisierung des jugoslawischen Regimes - etwa nach den Vorstellungen Milovan Djilas - ihrer Stellung in den osteuropäischen Satelliten abträglich sein könnte.

Es besteht also das Risiko einer sowjetischen Intervention, falls die Nachfolger Titos dessen autoritäre innenpolitische Linien aufgeben oder falls es durch Nationalitätenkonflikte und die damit verbundene Schwächung der Führungsgruppe zu einer solchen Aufgabe kommen sollte.

Der militärischen Bedrohung begegnet Jugoslawien mit einer von Marschall Tito trotz seines hohen Alters selbst geführten intensiven diplomatischen Aktivität und mit einer Gesamtverteidigungsdoktrin, gemäss welcher die Operationen der Feldarmee, die mit dem Nachteil einer langen und grösstenteils offenen Grenze zu den Warschaupaktstaaten zu kämpfen hat, auf das engste verknüpft werden mit den Territorialkräften, die im Sinne der besonderen Traditionen der jugoslawischen Völker in besetzten und in durch die Linieneinheiten nicht verteidigten Gebieten im Einsatz sind.

Der inneren Gefahr begegnete Präsident Tito mit einer besonderen Anstrengung, die verschiedenen Nationalitäten in die Parteiführung zu integrieren, was leider nicht in allen Bereichen gelungen ist (in der Armee haben die Serben das Übergewicht). Die Entfernung seiner Gemahlin geschah zum Teil aus der Sorge um das nationale Gleichgewicht.

Ein letzter Unsicherheitsfaktor ist die Haltung der Vereinigten Staaten: Trotz gewisser Ausrutscher besteht ihre Politik darin, die Sowjetunion über ihre Reaktion im Falle einer sowjetischen Intervention in Jugoslawien im Ungewissen zu lassen.

Albanien übte Kritik an der chinesischen Theorie der "drei Welten" und befindet sich deshalb seither in totaler Isolation. Die Führung in Tirana ist darauf bedacht, ihr Volk vor dem westlichen Einfluss zu bewahren; deshalb musste sie diese Theorie, die eine Annäherung an den Westen impliziert, beunruhigen. Es ist jedoch

durchaus möglich, dass sich die albanische Führung über die möglichen Rückwirkungen auf ihr eigenes Land der sich abzeichnenden Entwicklung in einem China, in dem Teng Hsiao-p'ing erneut an der Macht teilhatte, noch mehr Sorgen macht.

Die Sowjetunion hat ein gewisses Interesse an der Auseinandersetzung zwischen Peking und Tirana nicht verborgen.

c) Die arabischen Maghreb- und Mittelmeerstaaten; Israel

Die drei ehemals von Frankreich beherrschten Maghrebstaaten haben trotz ihrer höchst verschiedenen politischen Orientierung ein Zusammengehörigkeitsgefühl bewahrt, das sich weniger aus einer historischen Erinnerung an vergangene Perioden nordafrikanischer Einheit ableitet als vielmehr aus dem starken französischen Einfluss und aus ihrem politischen Kampf gegen die Kolonialmacht. Auch die Beziehungen zur ehemaligen Metropole sind von diesem Zwiespalt geprägt. In allen drei Fällen haben diese Beziehungen Krisen durchgemacht, sind aber trotzdem eng geblieben. Die Versuche zu einer gemeinsamen politischen Ausrichtung sind gescheitert, und dies sowohl wegen der persönlichen Konflikte zwischen den starken Führergestalten der drei Länder als auch wegen ihrer unterschiedlichen Wirtschafts- und Staatsstruktur.

Ihre Beziehungen zueinander stehen heute unter dem Einfluss des Sahara-Konflikts (der anderswo behandelt wird); in diesem Konflikt hat Tunesien, das nicht direkt betroffen ist, stillschweigend für Marokko Partei ergriffen.

Tunesien steht gegenwärtig im Zentrum des Interesses: Der Generalstreik, zu dem die Gewerkschaft UGTT (Union générale des travailleurs tunisiens) kürzlich aufrief - der erste seit der Unabhängigkeit -, war von Unruhen begleitet; sie waren der bisherige Höhepunkt einer inneren Krise, die am 23. Dezember letzten Jahres begann, als anlässlich einer Regierungsumbildung der Innenminister und sechs weitere Minister entlassen wurden.

Die persönliche Politik von Bourguiba, dessen Gesundheit seit einiger Zeit angegriffen ist und der nicht mehr den Griff von früher besitzt, hat ein Malaise hervorgerufen; dies und das Problem der Nachfolge haben sowohl der liberalen Opposition von Mestiri wie auch der Volksbewegung von Ben Salah eine grössere Bedeutung verliehen und haben zusammen mit der Höchstbegrenzung der Löhne den Beschluss der UGTT beeinflusst. Premierminister Nouria hat die erste Runde gewonnen. Die UGTT ist vorübergehend ihres Chefs beraubt, und jene, die eine unnachgiebige Haltung vertreten, sehen sich darin bestärkt. Es ist allerdings zweifelhaft, ob eine solche Haltung auf die Dauer eine junge und um ihre wirtschaftliche Zukunft besorgte Bevölkerung zufriedenstellen kann.

Algerien ist ein weiteres Land, das von einer in sich geschlossenen Gruppe ehemaliger Widerstandskämpfer regiert wird. Ihre Politik wird bestimmt durch die tragische Erfahrung des Bürgerkrieges und die damit eng verbundene Option des "arabischen Sozialismus". Dank der Erdöl- und Erdgasvorräte stehen dem Staat die Mittel zur Erfüllung einer solchen Politik zur Verfügung. Das erklärte Ziel ist die Schaffung einer industriellen Grundstruktur, die den Platz der bald einmal ausgeschöpften Bodenschätze einnehmen soll.

Die vergleichsweise mittelmässigen Leistungen der algerischen Mischwirtschaft sind zurückzuführen auf eine mangelnde Motivation der Bevölkerung, die von den abstrakten Erklärungen der Charte Nationale unberührt bleibt, und auf die ideologisch bedingten Einschränkungen, die einem im Entstehen begriffenen und zugegebenermassen wenig opferbereiten Mittelstand auferlegt werden.

Algerien hatte eine Zeitlang versucht, die Führerschaft der Dritten Welt im Kampf gegen die Vorrechte der Industrieländer zu übernehmen; aber das Regime muss heute zur Kenntnis nehmen, dass es an Einfluss verloren hat: Durch zu ausfällige verbale Angriffe, durch seine zu offensichtliche Unterstützung des internationalen Terrorismus und durch die Verbissenheit, mit der es sich im Sahara-Konflikt für die Sache der Frente POLISARIO einsetzte, hat Algerien sein internationales Prestige abgenützt. Mit umso grösserer Energie

setzt sich Boumediène jedoch für das gegen seine Nachbarn gerichtete Destabilisierungsunternehmen ein.

Es sei noch an zwei Dinge erinnert, an die bedeutende sowjetische Militärhilfe, die Algerien erhält, und an seine Rolle im Versuch, die arabischen Länder gegen die bilateralen Verhandlungen zwischen Aegypten und Israel zu mobilisieren.

Präsident Boumediène hat den Schrumpfungsprozess des Revolutionsrates, der den Staatsstreich vom Juni 1965 durchführte, mit ansehen müssen; er ist zwar nicht populär, seine Stellung jedoch ist im Augenblick im Innern seines Landes nicht gefährdet.

Der Krieg in der Sahara ist für Marokko von zentraler Bedeutung: Er hat die Nation hinter dem Thron, der vor einigen Jahren noch sehr umstritten war, geeint. König Hassan hat dies geschickt ausgenützt, um im grossen und ganzen demokratische Wahlen durchzuführen, und er war klugerweise darauf bedacht, dass auch die Opposition daran gebührend beteiligt war. Die kürzlich eingesetzte Koalitionsregierung enthält auch Minister der Istiglal-Partei, die bis anhin entscheidende Gegner des Königs waren. Besonders seit der Phosphat-Preishausse verfügt das Land über bedeutende Einkünfte, die ihm die Fortsetzung des Unternehmens Sahara gestatten. Einzig Rückschläge in diesem schwierigen Krieg könnten das Regime ernsthaft in Gefahr bringen.

Oberst Kadhafi ist in Libyen bestrebt, sein System der "direkten Demokratie", das in Tat und Wahrheit eine Ueberwachung von mehr oder weniger abweichenden Meinungsäusserungen ermöglicht, allgemein durchzusetzen und zu konsolidieren. Im Sinne der etwas wirren Vorstellungen seines Chefs beharrt Libyen auf seiner Unterstützung des internationalen Terrorismus. Seine bisherige Funktion als sowjetisches Waffenarsenal in Afrika wird mehr und mehr von Aethiopien übernommen. Nach verschiedenen Konflikten mit Nachbarn ist in Libyen die Ruhe wieder eingekehrt. Die arabische Konferenz in Tripolis war ein Misserfolg und hat die Manövrierfreiheit Präsident Sadats eher erhöht.

Die Staaten des östlichen Mittelmeers sind heute immer noch vor allem im Nahostkonflikt gefangen; da darüber separat berichtet wird, mögen an dieser Stelle einige allgemeine Bemerkungen genügen.

Aegypten sucht mit dem Frieden die Lösung von drückenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Die Bevölkerungszunahme im allgemeinen und die Ueberbevölkerung in der Landwirtschaft bereiten grosse Schwierigkeiten; andererseits aber hat die ägyptische Wirtschaft auf dem Gebiete der Leichtindustrie Erfolge zu verzeichnen. Eine sich von den politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen der Vergangenheit abhebende klare Linie zeichnet sich noch nicht ab.

Syrien, dessen demographische Probleme viel weniger schwerwiegend sind, durchläuft seit dem Oktoberkrieg eine Wachstumsperiode. Die sich daraus ergebende Ausrichtung auf den Westen, die Preissteigerungen und die Korruptionen haben innerhalb der regierenden Baath-Partei zu Spannungen geführt, während der Bürgerkrieg im Libanon die Gegensätze zwischen religiösen Gemeinschaften zum Vorschein brachte. Präsident Assad muss zwischen zahlreichen Gruppen manövrieren; seine Stellung bleibt unsicher.

Der Libanon befindet sich in einer politischen und wirtschaftlichen Stagnation. Eine echte Wendung kann nur ein Frieden bringen, der die palästinensischen Forderungen wenigstens bis zu einem gewissen Grad erfüllt.

Israel wurde als sozialistischer Staat aufgebaut und war während dreissig Jahren darauf ausgerichtet, seine Existenz gegen den scheinbar unversöhnlich feindlichen Nachbarn zu verteidigen. Nun erlebt das Land unter Begin erstmals eine Periode des "laissez faire", während gleichzeitig die Friedensaussichten stark gestiegen sind. Diese Neuausrichtung ist zwangsläufig mit Schwierigkeiten verbunden.

C. Mittelmeer-Probleme

a) Die griechisch-türkischen Probleme und die Sicherheit an der süd-östlichen Flanke der NATO

Seit mehreren Jahren hat an der süd-östlichen NATO-Flanke eine Reihe von Krisen stattgefunden, die in engem Zusammenhang mit dem griechisch-türkischen Gegensatz steht. Nach einigen Bemühungen verzichtet die NATO darauf, aktiv an einer Entschärfung dieser Streitigkeit mitzuwirken. Der amerikanische Kongress versuchte seinerseits Druck auszuüben. Die Auswirkungen erwiesen sich indes eher als kontraproduktiv.

Die teilweise Bereithaltung ihrer Streitkräfte gegeneinander hat einerseits den Beitrag Griechenlands und der Türkei an das Bündnis vermindert; der feindliche Zusammenstoss in Zypern hat die Bedeutung dieses westlichen Stützpunktes stark geschwächt; andererseits haben auch die politischen Auf und Ab die Integration der beiden Staaten im Militärbündnis wesentlich reduziert. Griechenland hat seine Mitarbeit suspendiert; mittlerweile wurde mit den USA ein neuer Vertrag über militärische Zusammenarbeit ausgehandelt und im letzten Juli paraphiert. Karamanlis zögert jedoch mit der Unterzeichnung im Hinblick auf die Opposition der sozialistischen panhellenistischen Bewegung von Papandreou. Karamanlis bemüht sich gegenwärtig, eine neue Art der Zusammenarbeit mit der NATO zu finden, welche die militärische Wiedereingliederung im Bündnis vermeiden würde.

Die Türkei hat (bereits im Jahre 1976) auch einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit mit der USA finalisiert, nachdem sie die Kontrolle der NATO-Basis auf ihrem Gebiet übernommen hatte und ein Embargo des amerikanischen Kongresses über Waffen und Ersatzteile hinnehmen musste. Die einflussreiche griechisch-amerikanische Lobby im Kongress hat bisher die Ratifizierung des Vertrages verhindern können. Ecevit vermochte in der Zwischenzeit auf die

USA Druck auszuüben durch eine sorgfältig dosierte Annäherung zum sozialistischen Block (Der Vorstoss Moskaus einen türkisch-sowjetischen Nichtangriffspakt abzuschliessen hat er nicht angenommen). Zweck dieser Politik ist die Wiederaufnahme von westlicher Militärhilfe.

Anfangs des letzten Jahres schien die Lösung des Zypernproblems Fortschritte zu zeigen. Nach dem Tod von Mgr. Makarios, dessen Nachfolger Herr Kyprianou erst kürzlich gewählt wurde, verblieb indessen dieses Problem in der Schwebe. Dieser ist Vertreter einer der kleinen Parteien der regierenden Linkskoalition. Wichtig dabei ist die Unterstützung von Herrn Klerides, Führer der gemässigten Partei, der infolge des sonderbaren Wahlgesetzes trotz 15 % des Stimmenanteils vom Parlament ausgeschlossen wurde. Der neue Präsident repräsentiert also durchaus die griechische Gemeinschaft. Kyprianou hat diesselben Konzeptionen wie Erzbischof Makarios, es fehlen ihm aber das Ansehen und die Autorität die letzterer im Ausland genoss.

Die Ansichten über die beiden Hauptprobleme (Struktur des Bundesstaats, den die Griechen stark und die Türken schwach sehen wollen und die Grösse der beiden "Kantone") klaffen noch ziemlich weit auseinander. Immerhin scheint die türkische Regierung bereit zu sein, zum zweiten Punkt auf den Führer der türkischen Gemeinschaft, der den Titel "Präsident des türkischen Gliedstaats von Zypern" angenommen hat, Druck auszuüben; dieser hatte seinerzeit seine Forderungen bereits auf 32 % der Fläche des Landes zurückgeschraubt (gegenwärtig halten die türkischen Truppen 40 % besetzt). Makarios wollte den Türkischzyprioten nur 25 % zugestehen. Die Besuche von Waldheim und Vance haben zur Klärung der Möglichkeiten die die Wahl Ecevits eröffneten, nicht sehr viel beigetragen. Der sehr vorsichtige Optimismus Waldheims scheint dem, was in naher Zukunft erwartet werden kann, ziemlich genau zu entsprechen.

Trotz seiner Fortdauer scheinen die politischen Folgen des Streits um das Aegaeische Meer weniger bedeutend. Beide Regierungen

sind übrigens gewollt, das Problem zu behandeln, ohne es irgendwie mit der Zypernfrage in Zusammenhang zu bringen. Die Krise vom Juli 1974 (Expedition des türkischen Forschungsschiffs "Sismik I") konnte überwunden werden. Die Verhandlungen über die drei Hauptfragen (Abgrenzung der Territorialgewässer und des Kontinentalsockels, Luftraum und Entmilitarisierung der griechischen Inseln nahe der türkischen Küste) kommen seit einigen Monaten nicht von der Stelle. Immerhin sollen die technischen Gespräche über den Kontinentalsockel im Februar in Paris wiederaufgenommen werden. Die Tatsache, dass sie von neuen oder teilweise erneuerten Regierungen geführt werden, wird sich natürlich günstig auswirken.

b) Die balkanische Zusammenarbeit

Diese Initiative Athens hatte vor ungefähr zwei Jahren durch eine erste Konferenz, an welcher Bulgarien, Griechenland, Rumänien, die Türkei und Jugoslawien teilnahmen, einen vielversprechenden Anfang genommen. Das ebenfalls eingeladene Albanien blieb seiner misstrauischen Einstellung gegenüber multilateralen Treffen hartnäckig treu. Etwa 120 Aktionsgebiete wurden für eingehendere Studien ausgewählt. Griechenland selbst hatte die Türkei als Gastgeberstaat für das gemischte Treffen vorgeschlagen.

Dieses Treffen scheiterte am bulgarischen Veto, von welchem man weiss, dass es durch die Sowjetunion inspiriert war. Wie bescheiden und harmlos auch immer die vorgesehene Zusammenarbeit hätte sein können, widersprach sie einem grundlegenden Prinzip der Politik der UdSSR das tiefe Misstrauen gegenüber jeglicher europäischer Gruppierung, der sie nicht vorsteht oder an der sie nicht wenigstens teilnimmt. Die Tatsache, dass zwei Länder ihrer Gefolgschaft daran teilgenommen hatten und die blosser Erinnerung an den Plan von Georges Dimitroff betreffend eine balkanische Föderation, verursachten in Moskau die zu erwartende Reaktion. Es ist wenig wahrscheinlich, dass aus dieser Initiative noch etwas Konkretes hervorgeht.

c) Die Beziehungen zwischen den Grossmächten im
Mittleren Osten

Klammert man den israelisch-arabischen Konflikt aus, so sind zur gegenwärtigen strategischen Situation im Mittleren Osten noch einige Bemerkungen im Zusammenhang mit den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beizufügen.

Die Intervention der Grossmächte im Mittleren Osten hat komplexe Ursachen, wovon einige heute nur eine zweitrangige Rolle spielen. Die Vereinigten Staaten sind gleichzeitig auf ihre Erdöl-Versorgungsquellen, auf die Verteidigung ihres israelischen Schützlings und auf die Rolle bedacht, welche der mittelöstlichen Plattform in einer weltweiten Strategie zukommt.

Die UdSSR sieht darin ein Glacis, einen aus historischen Gründen schwachen Punkt für den amerikanischen Rivalen, ein Relais für ihren Ehrgeiz als erst kürzlich etablierte Weltmacht.

Die Vereinigten Staaten, da sie in der Lage sind, auf beide Parteien des israelisch-arabischen Konflikts Druck auszuüben, haben in zunehmendem Masse die UdSSR aus mehreren ihrer mittelöstlichen Stützpunkte verdrängt. Der ägyptische Verbündete ist verloren, der syrische, trotz Bedarf an Waffenlieferungen nicht mehr sicher, der palästinensische im Abstieg begriffen und der irakische Verbündete weitab von der Front und durch die Petro-Dollars stark im Westen engagiert.

Daher die Suche nach einer Ersatz-Position in Libyen und das steigende Interesse an Stützpunkten nahe dem Eingang zum Roten Meer. Die Ereignisse um das Horn von Afrika müssen daher mit dem sowjetischen Rückschlag im eigentlichen Mittleren Osten in Zusammenhang gebracht werden.

Die tatsächliche strategische Bedeutung von Verbündeten wie Aethiopien oder Südjemen ist natürlich schwierig zu beurteilen.

Die Risiken einer solchen Politik sind jedenfalls beträchtlich, insbesondere für eine so vorsichtige Macht wie die UdSSR. Die Vereinigten Staaten ihrerseits sind gegen ein direktes Eingreifen in der Region und ziehen es vor, Saudiarabien und andere arabische Staaten zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die von diesen Ländern propagierten Projekte "Arabischer See" nicht weiterverfolgt wurden.

Die Verschiebung des strategischen Interesses in Richtung Indischer Ozean erklärt sich auch aus der Tatsache, dass der israelisch-arabische Konflikt jedenfalls gegenwärtig in eine Phase direkter Verhandlungen eingetreten ist. Es ist andererseits interessant festzustellen, dass die Vereinigten Staaten mit der UdSSR Verhandlungen über die Rüstungsbeschränkung im Indischen Ozean aufgenommen haben.

Unterdessen wirkt sich das Interesse, welches die Grossmächte dem Mittleren Osten entgegenbringen, weiterhin in massiven Waffenlieferungen aus.

ZWEITER TEIL

WESTSAHARA

A. Land und Bevölkerung

Nur wenig schien - in unserer Zeit und trotz den bedeutenden ungenutzten Bodenschätzen - die Westsahara dazu ausersehen zu haben zum Objekt eines politischen Streites grossen Ausmasses zu werden.

Obschon die phönizischen Seefahrer die Saharaküste als Anlegeplatz und die Almoraviden - die Eroberer Marokkos und Spaniens (11. Jahrhundert) - sie als Ausgangsbasis benutzt hatten, zog deren Abgeschiedenheit das Interesse der ausländischen Mächte nicht vor dem "scramble for Africa" der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts auf sich. Spanien - schon lange in Marokko engagiert - war es, das, durch das Vordringen des französischen Einflusses in diesem Land im Moment des Verfalls der Scherifendynastie beunruhigt, im Jahre 1884 seine Souveränität über das Territorium proklamierte, das fortan Rio de Oro genannt wurde.

Dieses gewaltige Territorium (226'000 km²), wo Regen nur schwach und unregelmässig fällt und das geographisch zur afrikanischen Wüste gehört, die sich vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt, war früher wie heute nur von Nomaden bewohnt, welche sich der Viehzucht widmeten und an den wenigen Stellen, die es erlaubten, etwas Ackerbau betrieben. Die spanische Herrschaft erstreckte sich auf einige Orte an der Küste und im Landesinnern. Im restlichen Gebiet rebellierten die kriegerischen Saharastämme des öfteren, und eine wirkliche Befriedung kam erst 1934 zustande.

Nur dank dem Dromedar war die Wüste überhaupt bewohnbar, indem es den Stämmen erlaubte, sich von einer Wasserstelle zur andern zu begeben, auf mehr oder weniger konstanten Routen, und je nach Jahreszeit. Diese Routen (die ohne weiteres von 1500 bis 2000 km jährlich betrugten) hielten sich nicht an Landesgrenzen und durchquerten insbesondere den Süden von Marokko und Algerien, wie auch den Norden von Mauretanien und Mali. Von den Weidegründen konnte jedermann Gebrauch machen; die Wasserstellen, obwohl sie denen gehörten, die sie gegraben hatten, konnten in einem bestimmten Rahmen auch von allen benützt werden. Jeder Stamm hatte seinen eigenen besonderen Friedhof, der den festen Bezugspunkt für diese Lebensart darstellte.

Das soziale System der Stämme scheint aus der Urzeit zu stammen. Die Gesellschaft der Sahara, durch das Matriarchat geprägt, umfasst verschiedene soziale Kategorien, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den "Ständen" des "Ancien Régime" aufweisen. Die Stämme, das heisst mehr oder minder beständige Gruppen, die umherziehen oder zusammenleben unter der Herrschaft eines gewählten oder erblichen (alten) Scheichs, bestehen oft aus einem einzigen "Stand". Gemäss der Unbeständigkeit der Gruppen in der Wüste können sie von einem "Stand" in den andern wechseln, sich auflösen oder sich neu gruppieren. Der wichtigste "Stand" ist jener der Krieger, danach kommen jener der Marabut (Mitglieder religiöser Bruderschaften), welche in gewissen Fällen mit den vorhergehenden identisch sind, danach folgen die Tributpflichtigen, die tiefer klassiert werden als die Krieger, die Musiker und Poeten und schliesslich die Sklaven, fast alles Schwarze, die keinen Stamm bilden.

Die Beziehungen zwischen den Stämmen sind geprägt durch jene, die zwischen den "Ständen" herrschen, wie auch durch persönliche Beziehungen zwischen den Führern. Kriege sind häufig, wie es die soziale Stellung der Krieger erwarten lässt.

Die Stämme haben ihre eigenen Gebräuche, die auf das koranische Gesetz des malekitischen Ritus zurückgehen. Die Stellung der Frau ist höher als in anderen muselmanischen Gruppen.

In einem solchen System kommt die Pflichttreue der "Söhne der Wolken" in erster Linie dem Islam, seinem Stamm und seiner Familie zu. Der Nationalstaat westlicher Konzeption hatte in diesem traditionellen Rahmen keinen Platz. Die Djemaa der Sahara ist eine Kreation der letzten Jahre der spanischen Herrschaft; es war die Kolonialmacht, welche die Mitglieder unter den Notabeln ernannte. Sie hat praktisch - bis zum Ausbrechen des Konflikts - die Rolle eines Resonanzbodens gespielt.

Der Internationale Gerichtshof hat jedoch anerkannt, dass die Teile der Tekna in der Westsahara - vor der spanischen Besetzung - gewisse Huldigungsverpflichtungen gegenüber dem Sultan von Marokko gehabt hatten, während dem die Reguibat zu den Bilad Chinguiti, eine informelle Gruppierung von mauretanischen Stämmen, von denen das gegenwärtige Mauretaniens seinen Ursprung ableitet, gehörten. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass politische Vereinigungen in der Wüste sehr unbeständig und oft Funktion von persönlichen Verbindungen zwischen den Führern und Gruppen sind.

Die Einführung moderner Industrie in der Form der Ausbeutung der Phosphat-Vorkommen von Bon Craa und von Eisenerz bei Zouerate (Mauretaniens, in unmittelbarer Nähe der Westsahara) beginnt, die sozialen Bedingungen zu verändern und soll allmählich die Nomaden etwas sesshafter machen. Marokko hat zu diesem Zweck ein Programm gestartet, das insbesondere vorsieht, Nahrungsmittel zu importieren und ärztliche Hilfe und Schulungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

B. Das Problem

Das Problem ist ursprünglich ein doppeltes: Die Westsahara ist erstens einmal eine Kolonie, auf welche der Artikel 73 der Vereinten Nationen über die nichtautonomen Gebiete anwendbar ist, und somit Gegenstand der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen betreffend der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit für Kolonialländer und -völker. Es geht also darum, sie von der spanischen Herrschaft zu befreien. Gleichzeitig erheben zwei ihrer Nachbarn Anspruch auf dieses Gebiet, nämlich Marokko, das selbst seit 1956, und Mauretanien, das seit 1960 unabhängig ist.

Um die Situation noch zu komplizieren, ist die Westsahara nur eines der Gebiete, von denen Rabat behauptet, dass sie Marokko zustehen; der Scherifenthron erhob ursprünglich Ansprüche über ganz Mauretanien, einen Teil Senegals und Malis, und über weite Gebiete der algerischen Sahara.

Die wichtigsten Etappen der Liquidierung dieser bedeutenden Territorialstreitigkeiten sind ein algerisch-marokkanischer Krieg 1963, die Anerkennung Mauretaniens 1969 (unter dem von Mauretanien nicht akzeptierten und praktisch wirkungslosen Vorbehalt der Anerkennung der marokkanischen Rechte über Spanisch-Sahara) und schliesslich der Vertrag von 1972 zwischen Marokko und Algerien, der von letzterem ratifiziert wurde, jedoch nicht von Marokko und der noch nicht in Kraft getreten ist.

Während dieser ganzen Periode müssen die Handlungen der interessierten Staaten im Lichte dieser Auseinandersetzungen gesehen werden, deren Lösung durch den nationalen Eigenstolz, aber auch durch materiellere Interessen (Bodenschätze) erschwert wird, sowie durch die Schwierigkeit, auf dieses Territorium die Kriterien des klassischen Völkerrechts anzuwenden

Spanien, das die Frage über das Rif-Gebiet mit Marokko schnell gelöst hatte, aber beabsichtigte, seine anderen afrikanischen Besitzungen zu behalten, kam bald unter den Druck des UNO-Entkolonialisierungs-Komitees, des sogenannten Komitees der 24 sowie der marokkanischen und mauretanischen Forderungen. Die Generalversammlung der UNO stimmte 1966 einer ersten Resolution über die Selbstbestimmung der Bevölkerung von Spanisch-Sahara zu. Spanien, das das Recht der Sahraouis auf Selbstbestimmung anerkannte, versuchte dennoch, seine Präsenz zu festigen, indem es einen regionalen repräsentativen Rat, die Djemaa, schuf, wo sich zuerst 102 und später 190 Führer von Stämmen und Sippen versammelten. Diese Djemaa, die praktisch - wie wir gesehen haben - keine Rolle spielte, sollte es Spanien erlauben, die Sahara als "spanische Provinz" (was sie juristisch seit 1956 war) wie eine andere zu präsentieren. Daneben spielte sie die Forderungen der Nachbarstaaten gegeneinander aus und erreichte so, dass die von der UNO verlangte Volksbefragung von Jahr zu Jahr verschoben wurde.

Die Verbesserungen der Beziehungen unter diesen Nachbarn, wie sie 1970 durch die algerisch-marokkanisch-mauretanische Konferenz von Nouakchott bestätigt wurde, stellte Spanien vor eine neue Situation. Weder Marokko und Mauretanien, noch Algerien, das als "interessierter Staat" gilt, waren sich über das zukünftige Los der Sahara einig, aber alle wollten die Spanier verjagen. Diese drei Länder und einige andere, wie Libyen, waren bereit, Widerstandsbewegungen, deren Gründung nicht auf sich warten liess, gegen die spanische Besetzung zu unterstützen. Während sie mit ihren gemeinsamen Aktionen gegen Spanien fortführen, führten sie parallel dazu geheime Verhandlungen mit Madrid in der Hoffnung, im Moment, da die Besetzer sich entschliessen die Koffer zu packen, besser plaziert zu sein.

Im Anschluss an anti-spanische Zwischenfälle im Juni 1970 wurden die stationierten Truppen in der Sahara auf 20'000 erhöht. Unter den verschiedenen Widerstandsbewegungen, die in jenem Moment in Erscheinung zu treten begannen, und die alle vom Ausland unterstützt wurden, gab es neben der von Marokko unterstützten FLU (Front

de la Libération et de l'Unité) den MOREHOB (Mouvement de résistance des hommes bleus), der jedoch, nachdem er vorübergehend von der OAU anerkannt worden war, wieder verschwand.

Die Ursprünge der POLISARIO, welche heute für die militärischen Aktionen verantwortlich ist, die sich gegen die beiden Staaten, die sich die ehemals Spanisch-Sahara aufgeteilt haben, richten, sind von vielen Rätseln umgeben. Ihre Gründung, die offiziell vom 20. Mai 1973 datiert, wurde am 20. Juli desselben Jahres in Nouakchott unter dem Namen FRELISARIO (Frente para la liberación de Saguiet-el-Hamra y Rio de Oro) bekanntgegeben. Der erste Generalsekretär, Saïd el-Ouali Moustafa Sayed, war marokkanischen Ursprungs; er wurde beim Angriff auf Nouakchott vom 8. Juni 1976 getötet. Ursprünglich unterstützte Libyen diese Organisation. Sie gibt nun vor, die Unterstützung Algeriens erst Mitte 1975 erhalten zu haben. Die ersten Operationen waren vorerst nicht sehr wichtig. Der erste "Märtyrer" fiel erst im April 1974.

Es würde zu weit führen, auf alle Machenschaften und plötzlichen Meinungsänderungen der verschiedenen interessierten Länder während dieser Periode zunehmender Spannungen einzugehen. Es sei nur erwähnt, dass das oben aufgeführte, 1972 unterzeichnete, algerische Abkommen die Möglichkeit vorsah, Algerien ein Zugangsrecht durch das Territorium der Spanisch-Sahara einzuräumen. Dieses in einer ungewissen Zukunft liegende Durchgangsrecht wäre von Marokko garantiert worden. Dieser Vertrag ist jedoch nie in Kraft getreten. Weiter ist die Enthaltung Marokkos zur gewohnten UNO-Selbstbestimmungsresolution im Dezember 1972 zu vermerken, die eine Verbesserung der marokkanischen Position bedeutete, und die Solidarität der arabischen Staaten schwächte.

Die Kolonialmacht versuchte, aus dieser Situation zu profitieren, um eine Regierung mit innerer Autonomie einzusetzen, provozierte damit jedoch nur eine neue Kundgebung der Dreimächteopposition gegen diese Politik (Gipfeltreffen von Agadir, Juli 1973, mit dem die Ankündigung der Gründung der POLISARIO ungefähr übereinstimmt).

Spanien entschied sich daraufhin, die Karte des Referendums "unter der Aegide und der Garantie" der UNO zu spielen. Einige Wochen, nachdem die Djemaa der neuen Satzung zugestimmt hatte (6. Juli 1974), kündigte Spanien eine Volksbefragung für das erste Semester 1975 an. Marokko widersetzte sich deshalb, aufgrund seiner vorgeschützten Rechte, einem Referendum, das die Frage der Unabhängigkeit beinhalte. Nach der Ansicht Rabats sollte sich die Bevölkerung der Sahara zwischen der spanischen Herrschaft und der Zugehörigkeit zu Marokko entscheiden. Mauretanien zeigte sich in dieser Hinsicht flexibler und sprach von einem "Schritt nach vorn", liess jedoch gleichzeitig verlauten, dass es seine "Rechte verteidigen" werde.

Um seine Position zu festigen, welche durch die spanischen Projekte hätte in Frage gestellt werden können, schlug König Hassan die Intervention des Internationalen Gerichtshofes vor. Nach komplexen Verhandlungen zwischen Marokko, Spanien und Mauretanien, wurde das Referendum verschoben und die Generalversammlung der Vereinten Nationen verlangte vom Internationalen Gerichtshof ein Gutachten, um abzuklären, ob vor der Kolonisation das Territorium "res nullius" war, und welches die rechtlichen Bande mit Marokko und Mauretanien waren. Dies war der Moment, da die entscheidende Schicksalswende in der Sahara-Angelegenheit stattfand: um das Einverständnis Mauretaniens zur Aufrufung des Internationalen Gerichtshofs zu erlangen, erklärte sich Rabat bereit, den mauretanischen Forderungen Rechnung zu tragen.

Während dieses Prozessverfahren seinen Lauf nahm, gelangen der POLISARIO im Mai 1975 einige spektakuläre Operationen, welche mit dem Besuch einer UNO-Mission zusammenfielen. Spanien (General Franco hatte damals nur noch sechs Monate zu leben) zog seine Streitkräfte auf die wichtigsten Ortschaften zurück und beschloss, die Sahara zu räumen, ohne das Referendum abgehalten zu haben, wenn sich dies als unmöglich erweisen sollte.

Die spanische Entscheidung und die immer augenfälligere Uebereinstimmung zwischen Marokko und Mauretanien, liessen Algerien aus seiner halben Reserviertheit als "interessierte Macht" heraustreten. Es liess insbesondere der POLISARIO seine Ermutigungen sowie eine diskrete Militärhilfe zuteil werden, aber ohne schon eine eindeutige Haltung hinsichtlich der marokkanischen Forderungen einzunehmen. Noch anlässlich der Unterredung zwischen König Hassan und Bouteflika, anfangs Juli 1975 in Rabat, behandelte Algerien Marokko äusserst rücksichtsvoll in der Hoffnung, die Ratifikation des Vertrages von 1972 zu erlangen.

Das am 16. Oktober abgegebene Gutachten des Internationalen Gerichtshofs hat keine, der spanischen Besetzung vorhergehende Souveränität abgeleitet, obwohl gewisse Huldigungsverpflichtungen der Sahara-Stämme gegenüber Marokko anerkannt wurden, sowie die Zugehörigkeit anderer Stämme zum "mauretanischen Ganzen" (Bilad Chinguiti). Durch diesen halben Sieg gestärkt und von einer leidenschaftlichen öffentlichen Meinung getrieben, lancierte König Hassan den "Grünen Marsch", der gewisse, für Marokko schädliche, Stellungnahmen der UNO verhindern sollte.

Spanien, das sich anfänglich zur Konfrontation bereit zeigte, akzeptierte danach mit Marokko und Mauretanien, das sich der Idee einer Teilung nun anschloss, den Vertrag von Madrid am 14. November 1975 zu unterzeichnen. Damit hatten die beiden Nachbarländer - unter dem Deckmantel einer fast symbolischen Selbstbestimmungsklausel - freie Hand. Algerien jedoch bekundete seinen heftigen Widerstand gegen die Teilung, unterstützte künftig die POLISARIO ganz offiziell, ohne seine militärische Hilfe weiter zu verbergen und konzentrierte Truppen an der Grenze zu Spanisch-Sahara.

Die Djemaa ihrerseits, die sich gemäss dem Vertrag von Madrid über die Eingliederung der Territorien hätte aussprechen sollen, spaltete sich auf und ihr Vizepräsident flüchtete zur POLISARIO.

C. Der Konflikt

Die Beschleunigung der Ereignisse im Herbst 1975 überstürzte die Entscheidungen der verschiedenen Teilnehmer, wobei sie sich weit über das hinaus verpflichteten, wozu sie ursprünglich bereit gewesen wären. Gleichzeitig wurden politische Faktoren sichtbar, die den Gang der Auseinandersetzung bisher kaum beeinflusst hatten. Somit traten an die Stelle der mehr oder weniger wichtigen Interessen, die jede Partei bisher in der Sahara verteidigt hatte, allgemeinere Überlegungen, welche leichter wenn nicht einen Krieg, so doch eine indirekte militärische Auseinandersetzung rechtfertigten.

Marokko ergriff ohne zu zögern diese erste Gelegenheit, um eine Irredenta zu verwirklichen, welche bisher, wegen der Macht der Ereignisse, nur verbal gewesen war. Der "Grüne Marsch" symbolisiert - nach schweren inneren Krisen - eine wiedergefundene Einigkeit und sogar die bisher unerbittliche linke Opposition schwenkte auf die Politik der Monarchie ein. Marokko hat die stärkste Armee des Maghreb; sie schien durch die Fronde einiger ihrer Führer gelähmt. Durch den Marsch auf El-Aiun und durch einige Gefechte mit algerischen Einheiten hat sie ihr ehemaliges Prestige wiedergefunden. Marokko erscheint gleichzeitig als Opfer der extremistischen arabischen Regimes, Algerien und Libyen, und erhält somit eine beschränkte Unterstützung der gemässigten Araber.

Algerien hat im Maghreb schon seit langem starke Ambitionen. Das Endziel ist ein auf Algerien ausgerichteter Maghreb, der so auf den Weg seines "arabischen Sozialismus" gebracht würde. Die zwei unmittelbaren Nachbarn misstrauen diesem Projekt, einerseits weil sie ein anderes politisches Modell gewählt haben und andererseits aus Sorge um ihre Unabhängigkeit. Die überstürzt beschlossene massive Unterstützung der POLISARIO soll erlauben, die Scherifenmonarchie zu schwächen und vielleicht zu destabilisieren, was an sich ein altes algerisches Ziel ist. Die Machtergreifung der POLISARIO mit algerischer Hilfe würde Algiers wirtschaftliche und andere Interessen in

der Westsahara garantieren. Und schliesslich würde ein Sieg Algiers erlauben, den bedeutenden Einfluss in Mauretanien wiederzugewinnen, den es zugunsten Marokkos durch die Teilung der Sahara verloren hatte.

Algerien spielt sich somit zum Vorkämpfer der strengsten Beachtung orthodoxer Dekolonialisierungsregeln auf. Das von Algerien verteidigte Prinzip ist in der Tat nicht einfach jenes der Selbstbestimmung, sondern jenes der Selbstbestimmung innerhalb der (willkürlichen) durch die Kolonisation entstandenen Grenzen, ein Prinzip, von dem man weiss, wie empfindlich die Afrikaner in dieser Hinsicht sind.

Mauretanien, das als kleines Land die vorsichtige Politik verfolgt hatte, nur das zu nehmen, was es durch ein Referendum bekommen konnte, liess sich, im Kielwasser des "Grünen Marsches", dazu hinreissen, die Souveränität über dieses Gebiet zu proklamieren, auf der eher zweifelhaften Grundlage, dass die Stämme aus dem Süden zum obenerwähnten "mauretanischen Gebilde" gehörten. Durch diese Umstände kam es zu einer engen Zusammenarbeit mit Marokko.

Auf Spanien schliesslich lastet eine gewisse Zweideutigkeit der Politik Francos, welche die Vertraulichkeit mit der Dritten Welt (und insbesondere den Arabern) suchte und gleichzeitig die spanische Ueberseepräsenz aufrechterhalten wollte. Spanien befindet sich in einer ernststen Verlegenheit, die nicht nur von den Schwächen des Vertrags von Madrid herrührt, sondern auch von der schnellen politischen Entwicklung auf der iberischen Halbinsel, welche heute diesen Vertrag zu einer hervorragenden Angriffsfläche der Opposition gegen die Regierung Suarez macht; letztere ist zwar vollständig unschuldig in dieser Hinsicht, doch muss sie versuchen, eine glaubwürdige Politik fortzusetzen auf einer Basis, die nicht eben glaubwürdig ist.

Der Konflikt hat, wenn man so will, noch eine andere Dimension. Die POLISARIO, die es als nützlich erachtet, zu allen, auf den Konferenzen der Blockfreien behandelten Problemen Stellung zu nehmen,

gibt sich als eine Kampfbewegung gegen ein Komplott imperialistischer Mächte, das insbesondere darauf abzielt, denselben Mächten Stützpunkte am Westatlantik zu verschaffen. Die Unterstützung, die Algerien dem MPAIAC (Mouvement pour l'autodétermination et l'indépendance de l'Archipel canarien) zukommen lässt, knüpft an ähnlichen Spekulationen an. Man muss jedoch der Wahrheit halber erwähnen, dass sich bis jetzt die Grossmächte vorsichtigerweise aus dem Konflikt herausgehalten haben. Es ist andererseits ziemlich wahrscheinlich, dass das Engagement Algeriens, das wie wir gesehen haben, so präsentiert wird, als sei es von der Verteidigung progressiver Prinzipien diktiert, im Zusammenhang mit dem schwindenden Einfluss Algeriens auf die Bewegung der Blockfreien steht.

Es ist hier nicht nötig, die Episoden der Konflikte aufzuzeichnen.

Der militärische Arm der POLISARIO, die ALPS, hat sich von Anfang an zu gut organisierten Operationen fähig erwiesen, und zwar sowohl gegen mauretanische und marokkanische Truppen, als auch gegen die verwundbaren Einrichtungen von Bon Craa (Phosphate) und Zouerate (Eisenerz auf ursprünglichem mauretanischem Gebiet).

Der Krieg begann mit einer jener - in unserem Jahrhundert öfters vorkommenden - Tragödien: dem Exodus einer bedeutenden Gruppe von Sahara-Bewohnern, welche, unter der Schirmherrschaft Algeriens, in der Nähe der Nachbarstadt Tindouf umgesiedelt wurden. Die Situation der 40'000 in der Nähe Tindoufs installierten Personen, unter denen sich eine gewisse Anzahl von Opfern der Trockenheit aus andern Teilen der Sahara befinden könnten, ist sehr schwierig. Unser Land hat sich an der Hilfe beteiligt, die diesen Notleidenden zukam. Welches auch immer die ursprünglichen Gründe für diesen Exodus waren, es besteht überhaupt kein Zweifel, dass die Flüchtlinge heute wirksam durch die POLISARIO gesteuert werden.

- 33 -

Zur ALPS, die sich druchaus in der Lage zeigte, die moderne Bewaffnung sowjetischen Ursprungs, über die sie verfügt, zu verwenden, gehört auch eine gewisse Anzahl ehemaliger Mitglieder der spanischen Streitkräfte, welche an Ort und Stelle rekrutiert wurden, Männer der nach Tindouf geflüchteten Stämme, sowie ein schwer abzuschätzender Anteil Sahraouis aus Marokko, Mauretaniien und vielleicht andern Ländern. Die Operationen der ALPS, welche mit motorisierten Kolonnen durchgeführt werden, setzen eine bedeutende Infrastruktur voraus, welche von Algerien zur Verfügung gestellt wird. Die Ausbildung sowie die Kader werden insbesondere von Algerien und Libyen zur Verfügung gestellt. Die Führer der POLISARIO sind zum grossen Teil Marokkaner oder Mauretanier.

Nach einigen Monaten hat die ALPS ihre Angriffe auf Mauretaniien konzentriert, insbesondere auf die Gegend von Zouerate (Eisenerz) und die Eisenbahn Zouerate - Nouakchott. Die mauretanische Armee (2000 Mann) musste in aller Eile verstärkt werden. Mauretaniien, das seinen Vertrag über militärische Zusammenarbeit mit Frankreich gebrochen hatte, wendete sich zuerst an Marokko (Militärabkommen vom 13. Mai 1977). Die aufgetretenen Schwierigkeiten Mauretaniens führten zu einer verstärkten Hilfe Frankreichs, das sich anfänglich eher zurückhaltend gezeigt hatte hinsichtlich der Teilung. Offensichtlich haben regionalpolitische Ueberlegungen, wie auch das Interesse am mauretanischen Erz zu einer erneuten Ueberprüfung dieser Haltung geführt. Nach der Entführung französischer Geiseln durch die POLISARIO hat man sich in Paris sogar dazu entschieden, Aufklärungsflüge zugunsten der mauretanischen Truppen und schliesslich, in zwei Fällen, Angriffe auf ALPS-Kolonnen zu erlauben. Der Quai d'Orsay hat diese letzteren Operationen in einer Art und Weise gerechtfertigt, die das französische Engagement so weit wie möglich beschränkt.

Der Krieg hat ernste Auswirkungen auf die Struktur des mauretanischen Staates gehabt, insbesondere auf die sozialen Strukturen. Die mauretanische Gesellschaft hat vor der Unabhängigkeit in der Tat dieselben sozialen Schichten gekannt, wie jene in der Sahara; die

neue politische Ordnung versuchte die Kastenunterschiede zu eliminieren. Die POLISARIO versucht, die Opposition, welche unter den ehemals privilegierten Gruppen existiert, auszunützen. Die Behandlung, welche diese Organisation den Schwarzen angedeihen liess, hat schon zu heftigen Reaktionen in Senegal geführt; es war sogar von Selbstbestimmung der Schwarzen die Rede im Falle einer Desintegration Mauretaniens. Mali seinerseits hat sich besorgt gezeigt über die Benützung seines Territoriums durch die Streitkräfte der ALPS.

Der Konflikt setzte sich auch auf diplomatischer Ebene fort. Eine "République arabe sahraouie démocratique" (RASD) wurde am 28. Februar 1976 proklamiert. Nachdem das Befreiungskomitee der OAU die Idee der Unabhängigkeit für die Westsahara unterstützt hatte, hat sich die Konferenz der Staatschefs gespalten. Ein ausserordentliches Gipfeltreffen wurde beschlossen, welches jedoch, aufgrund der Bemühungen Marokkos und Mauretaniens, sowie auch aus offensichtlichem Mangel an Begeisterung der Teilnehmer, nie zusammentrat. Die RASD wurde nur von elf Staaten anerkannt, wovon zehn afrikanische Staaten.

Nach einem ersten Vermittlungsversuch Saudiarabiens hat die Arabische Liga ihr Interesse an der Angelegenheit verloren.

Die POLISARIO hat auch versucht, Nutzen aus der Gefangennahme von acht französischen Angestellten der mauretanischen Regierung zu ziehen. Sie konnte die französische Regierung zwar zwingen, mit ihr zu verhandeln (gleichzeitig drohte die Regierung in Paris, die Beteiligten mit Gewalt zu befreien), nicht aber sie anzuerkennen.

Die POLISARIO hat in Spanien einige Erfolge errungen, wo sie von den Linksparteien unterstützt wird, und zudem erreicht, dass das Büro der Sozialistischen Internationale, anlässlich der kürzlichen Zusammenkunft in Madrid, für sie Partei ergriff. Die spanische Regierung besteht darauf zu erklären, dass die Selbstbestimmung der Sahara noch ausgeführt werden muss und, dass die Entkolonisierung deswegen noch nicht beendet ist.

- 35 -

Die Zukunftsperspektiven sehen düster aus. Es ist im Augenblick unmöglich, einen Ausweg aus diesem Konflikt zu sehen, der die Kräfte der Teilnehmer aufzehrt und ein, mindestens temporär, unüberwindliches Hindernis dem in den Weg legt, was die einzige Sorge sein sollte: der Kampf gegen die Trockenheit und gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Wüste.

Beilage:

Karte der Westsahara

Extrait de:

SPANISH SAHARA

by John Mercer

London, George Allen & Unwin Ltd, 1976

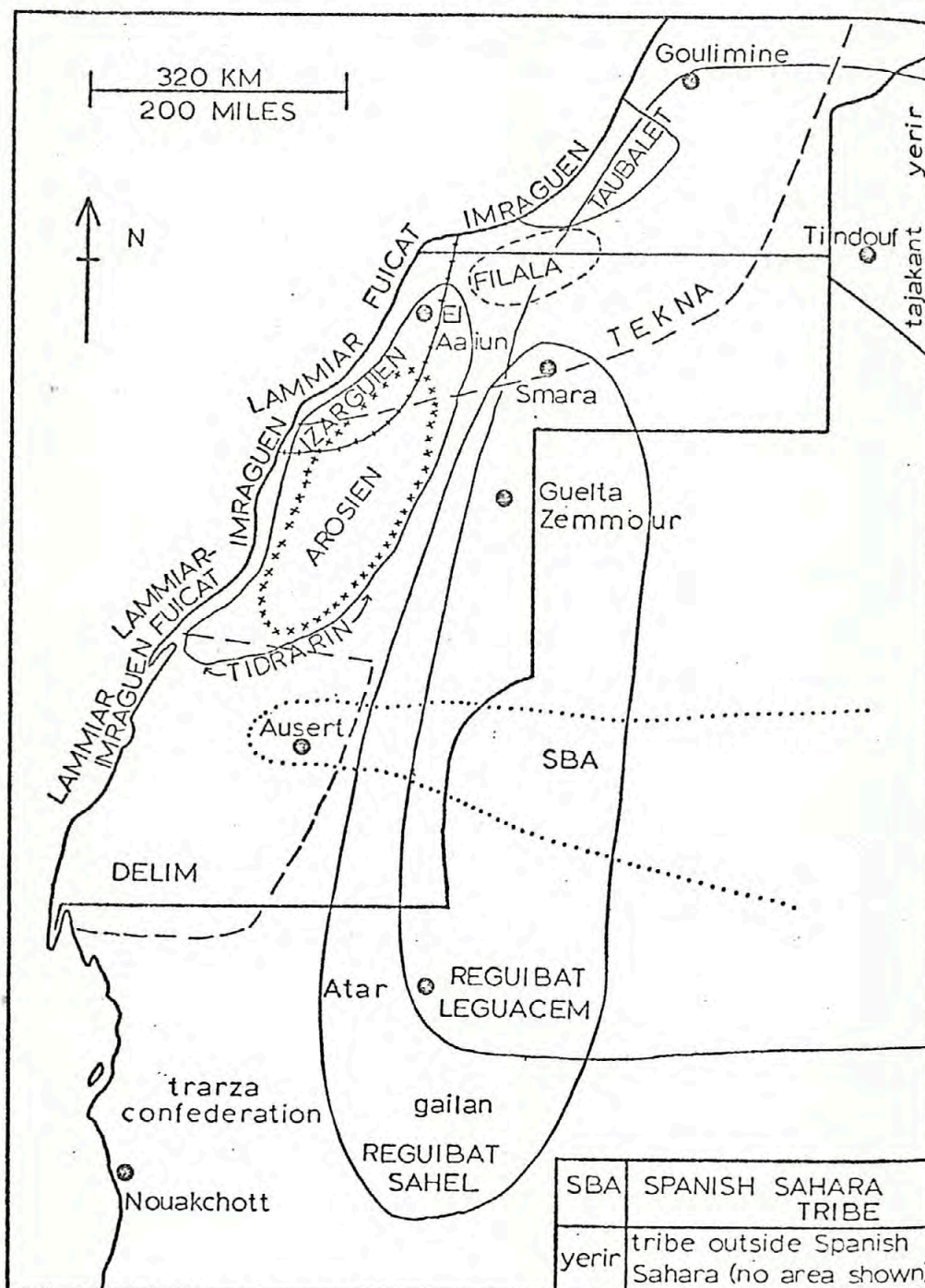


Fig. 10. Recent Distribution of Tribes